

# DIE LEIBNIZ-SOZietät DER WISSENSCHAFTEN E.V. ZU BERLIN.

## EINE NEUARTIGE AKADEMISCHE GEMEINSCHAFT ALS RESULTAT DES UMBRUCHS 1989/90.

### GLOSSAR

Dorothee Röseberg

Die Leibniz-Sozietät der Wissenschaften (LS) steht in ihrer Entstehungsgeschichte in einem engen Zusammenhang mit der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW), insbesondere mit deren Auflösung in Folge der deutschen Vereinigung. Um die Spezifik der LS im heutigen Deutschland zu verstehen, soll ein kleines „deutsch französische Glossar“ als Einführung dienen.

#### Akademie der Wissenschaften/ Académie des sciences

Die französische Übersetzung für Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) als *Académie des sciences de la RDA* ist semantisch korrekt und zugleich kulturell irritierend. Denn hier schlummern mehrere der berühmtesten *faux-amis* in den Hauptwörtern *académie* und *sciences*.

#### Wissenschaften

*Sciences* – ohne Attribut bedeutet im Französischen bekanntlich Naturwissenschaften; andere Wissenschaften wie z.B. die Sozialwissenschaften werden mit Attributen bestimmt und sind die *sciences sociales*. Aber auch *sciences humaines* sind nicht Humanwissenschaften, sondern eher ein Äquivalent für Geisteswissenschaften, obwohl beides nicht deckungsgleich ist. Wer sich also mit der Übertragung der Wissenschaftssystematik von einer Sprache in die andere beschäftigt, muss die jeweiligen historischen und kulturellen Entwicklungen gut kennen; Ähnliches gilt für Wissenschaftsinstitutionen. Wir können zunächst festhalten: Im Deutschen möchte *sciences* im Verbund

mit *académie* darauf verweisen, dass von allen Wissenschaften die Rede ist; *sciences* wird hier im Sinne eines Oberbegriffes verwendet. Das führt zu einer ersten Einsicht: An der Akademie der Wissenschaften der DDR waren alle Wissenschaften vertreten.

#### Akademie

Sprechen wir im Französischen von *académie* denken wir zunächst an eine Verwaltungseinheit im Bildungswesen. Wenn jemand aber sagt: „*Ich war Akademiemitarbeiter\*in*“ oder „*Ich war Mitarbeiter\*in an einem Institut der AdW*“. Dann ist damit keineswegs eine solche Verwaltung im Bildungswesen gemeint.

Denn: Die AdW der DDR bestand aus 60 Instituten und hatte über 24 000 Mitarbeiter\*innen. D.h. sie war eine Forschungseinrichtung. Als solche ist sie ein Äquivalent zum französischen CNRS. Die AdW war national aufgestellt und wurde zentral verwaltet, auch hier gibt es eine Nähe zum CNRS. In der Bundesrepublik sind Akademien hingegen auf Länderebene angesiedelt. Einzig die Leopoldina (Sitz in Halle) ist heute eine nationale Akademie der Wissenschaften (mit etwa 20 Fachrichtungen) in Deutschland.

### Akademiestmitglied/Gelehrtensozietät

Sagt jemand „*Ich bin Akademiestmitglied*“ so möchte er/sie darauf verweisen, dass man ihn/ sie gewählt hat, was gleichbedeutend mit einer hohen fachlichen Anerkennung, einem Titel mit hohem symbolischen Kapital ist. Akademiestmitglied entspricht etwa den *immortels* der *Académie française*, denn auch in einer deutschen Akademie werden Mitglieder auf Lebenszeit gewählt und es gibt ein „ewiges“ Mitgliederverzeichnis.

Diese gewählten Akademiestmitglieder bilden eine Gelehrtenengesellschaft/Sozietät. Auch in dieser Beziehung besteht eine Nähe zur *Académie française*.

### Akademie der Wissenschaften der DDR/ Leibniz-Sozietät der Wissenschaften

Es ist nun wichtig zu verstehen: Die AdW der DDR war zugleich eine große nationale Forschungseinrichtung mit Instituten und eine sol-

che Gelehrtenengesellschaft. Nicht alle Akademiestmitarbeiter\*innen waren Akademiestmitglieder! Mit diesem Doppelcharakter hatte die AdW der DDR weder ein Äquivalent im Westen Deutschlands noch in Frankreich. Ein solches Modell war in den 1920er Jahren in Deutschland entworfen worden. In der Sowjetunion bestand eine solche Akademie der Wissenschaften als Verbund von Forschungsinstituten und Gelehrtensozietät seit 1925. In den osteuropäischen Staaten gibt es die Akademiest der Wissenschaften in dieser Form bis zum heutigen Tage. Sie gelten dort nach wie vor als wissenschaftliche Spitzeneinrichtungen mit hohem gesellschaftlichen Ansehen. Die Leibniz-Sozietät ist keine solche nationale Forschungseinrichtung mit Instituten und Mitarbeitern, sondern eine Gelehrtensozietät. Als politische Folge der Vereinigung unterscheidet sich die Gelehrtenengesellschaft LS jedoch von den Akademiest: juristisch hat sie nicht den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, sondern eines Vereins.

## EINE NEUARTIGE AKADEMISCHE GEMEINSCHAFT ALS RESULTAT DES UMBRUCHS 1989/90.

Wolfgang Küttler, Herbert Wöltge

**In den Jahren 2019 und 2020 wird aus Anlass der runden Jahrestage der Ereignisse von 1989/90 wieder intensiv und nach wie vor kontrovers über Ursachen, Umstände und Folgen der mit der Wiedervereinigung Deutschlands besonders für den Ostteil, die DDR, verbundenen einschneidenden Veränderungen diskutiert. Das betrifft nicht zuletzt den Umbruch des Wissenschaftssystems und seine Auswirkungen, zu denen auch die Auflösung fast aller außeruniversitären Einrichtungen gehört, die als nicht mit dem System der BRD kompatibel angesehen wurden. Die wichtigste war die Akademie der Wissenschaften. Im Folgenden wollen wir am Beispiel des eingetragenen Vereins Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin zeigen, wie aus den Konflikten um deren Abwicklung eine eigenständige Form der kritischen Fortführung entstand und wie sie sich auch unter widrigen Umständen bis heute behaupten konnte.**

Die Vorgeschichte dieser neuartigen akademischen Gemeinschaft reicht in die bewegten Jahre des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR zurück, der sich für die Akademie der Wissenschaften der DDR über drei Jahre, von

1989 bis 1992, hinzog. Zu der Zeit, als dieser Umbruch einsetzte, war die Akademie der Wissenschaften der Verbund einer Gelehrtenengesellschaft und einer Forschungsgemeinschaft. Ihr traditionelles wissenschaftliches

Kernstück war die seit 1700 bestehende Gemeinschaft der Akademiemitglieder, eine der ältesten Gesellschaften dieser Art in Europa. 1990 gehörten ihr 182 Ordentliche und 104 Korrespondierende Mitglieder, sowie 124 Auswärtige Mitglieder aus 23 Ländern an. Der Gelehrtengesellschaft waren in der DDR-Zeit 60 Zentralinstitute und Institute zugeordnet, die in einer Forschungsgemeinschaft zusammengefasst waren, die die größte wissenschaftliche Einrichtung der DDR darstellte.

Die Akademie der Wissenschaften betrieb 1989, mit einem Jahresbudget von 1,4 Mrd. Mark, Grundlagen- und angewandte Forschung nahezu über das gesamte Spektrum der Wissenschaftsdisziplinen. Sie verfügte über zahlreiche wissenschaftliche und infrastrukturelle Einrichtungen, die der Forschung dienten - Astrophysikalische Observatorien, Sternwarten, Kliniken, Technika, Werkstätten für den wissenschaftlichen Gerätebau. Sie betrieb zwei Hochsee-Forschungsschiffe und eine Forschungsstation in der Antarktis. Im Auftrag des Staates führte sie regelmäßige Messungen des Erdmagnetismus durch, verantwortete den seismologischen Dienst der DDR und die amtliche Prüfung anderer geophysikalische Normen und Etalons. Zu ihr gehörten ebenfalls eigene Druckereien und Verlage, ein Archiv mit akademiehistorischem Schriftgut aus drei Jahrhunderten, Kunst- und wissenschaftliche Gerätesammlungen, Feriensehneime und Gesundheitseinrichtungen.

Die allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990, die die DDR erschütterten, erfassten auch die Akademie. An den Instituten entstand eine breite oppositionelle Bewegung, die darauf gerichtet war, an der Akademie demokratische Strukturen zu errichten und bessere Bedingungen für die wissenschaftliche Arbeit zu erreichen. Ihr Ziel war, die Akademie unter den Leitvorstellungen Autonomie und demokratische Erneuerung zu reformieren. Am Ende dieses Prozesses sollte eine Akade-

mie entstehen, die von den bisherigen Zwängen und Strukturen einer zentralistisch ausgerichteten und dem Staat DDR verbundenen Einrichtung frei war. Sie sollte eine sich selbst bestimmende kreative Stätte der wissenschaftlichen Arbeit in demokratischen Strukturen werden, eine Einrichtung, die einer autonom handelnden und freien Wissenschaft zum Wohle der Allgemeinheit verpflichtet war.

Die Ansätze dazu waren in den ersten Monaten durchaus erfolgversprechend. Im politischen Bereich löste sich die Akademie zunächst vom Führungsanspruch der SED, wenig später von der Bindung an den Sozialismus und zuletzt auch vom Staat DDR. Die Grundstruktur der Akademie veränderte sich. An allen Instituten entstanden demokratisch gewählte Gremien, die damit begannen, die Akademie unter dem Leitmotiv einer demokratischen Erneuerung zu reformieren und demokratische Strukturen auf allen Entscheidungsebenen zu installieren. Eine prägende basisdemokratische Vorstellung war dabei, in Übereinstimmung mit den Entwicklungen im Lande, das leitenden Personals der Institute und der Leitung der Akademie einer Wahl durch alle Mitarbeiter zu unterziehen. Als Höhepunkt demokratischer Selbstbestimmung wurde die erstmalige Wahl eines Akademiepräsidenten im Mai 1990 durch alle 24.000 Mitarbeiter angesehen. Gewählt wurde der Mediziner Horst Klinkmann, ein international führender Nierenspezialist. Offen blieb dabei das Verhältnis von Demokratie in der Verwaltung und sozialen Struktur einerseits und bei der Leitung wissenschaftlicher Prozesse andererseits, womit bei den Aktivisten der Reform „von unten“ auch Illusionen verbunden waren, die es später erleichterten, bei der Durchsetzung politischer Entscheidungen über die Akademie diese Bestrebungen zu ignorieren.

Zudem kam der Demokratisierungsvorgang selbst nur langsam voran, und so erfolgte die Präsidentenwahl erst zu einem Zeitpunkt, als die sich rasch wandelnden äußeren poli-

tischen und gesellschaftlichen Umstände eine auf Autonomie und innerer Demokratie orientierte Entwicklung nicht mehr zuließen. Längst ging es nicht mehr um eine reformierte DDR-Akademie, sondern zunächst um eine Anpassung und dann um die Einpassung des Forschungspotenzials der DDR in die bestehenden Wissenschaftsstrukturen der Bundesrepublik. Es erwies sich, dass für ein gleichberechtigtes Nebeneinander oder eine Übernahme von DDR-Einrichtungen in das vereinigte Deutschland kein Platz war. So sah es auch letztlich Artikel 38 des Einigungsvertrages über die Entwicklung der Wissenschaft, in dem festgelegt wurde, dass die Akademie von ihren Instituten zu trennen war. Sie sollten vom Wissenschaftsrat der Bundesrepublik auf ihre künftige Verwertbarkeit geprüft und dann – dem föderalen Charakter der Bundesrepublik entsprechend - in die Obhut der neuen Länder übergeben und aufgelöst werden. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 verlor die Akademie ihren Status als öffentlich-rechtliche Einrichtung und ihre Funktion als Trägerorganisation für ihre Institute.

Für die Gelehrtenengesellschaft der Akademie sah der Einigungsvertrag eine andere Regelung vor. Ihrem Sitzland, dem Land Berlin, wurde aufgetragen, über ihre Fortführung als eine nunmehr regionale Akademie zu befinden. Bei der Berliner Regierung und dem Landesparlament, Senat und Abgeordnetenhaus, fand diese Regelung indessen keine Gegenliebe. Hier entschloss man sich, die überkommene Gelehrtenengesellschaft nicht zu akzeptieren, sondern eine neue Akademie zu schaffen, die zwar das Vermögen der DDR-Akademie übernehmen sollte und der auch die geschichtliche Verbindung mit der Preußischen Akademie zugesprochen wurde, die aber eine Übernahme der Mitgliedschaft der DDR-Akademie ausdrücklich ausschloss.

Die Gelehrtenengesellschaft befand sich mit dem Beitritt in einer überaus prekären Lage.

Sie besaß als eine Vereinigung der Akademiemitglieder keinen rechtlichen Status, sie erfuhr keine öffentliche Förderung, sie hatte keine Institute, kein gewohntes wissenschaftliches Hinterland, keine Arbeitsmittel und keinen eigenen Sitz. Es war erstaunlich, dass sie ihr wissenschaftliches Leben unter diesen völlig veränderten Umständen und politischen Anfeindungen noch zwei Jahre fortführte. Erst im Sommer 1992 musste sie ihre Tätigkeit einstellen und ihr Büro auflösen.

Das war die Anfangssituation, in der die Idee für die Umwandlung in eine neue unabhängige Wissenschaftlergesellschaft Gestalt annahm. Schon seit Mitte 1990 wurde in den Reihen der Mitglieder „auf kleiner Flamme“ die Frage diskutiert, was getan werden könnte, um im Falle einer politischen und verwaltungsrechtlichen Liquidierung der Gelehrtenengesellschaft die Mitgliedschaft nicht auseinander gehen zu lassen, sondern den wissenschaftlichen Disput in gewohntem Kreise fortzuführen. Das war nunmehr der Fall, und nach eingehender Vorbereitung bildeten einige der Mitglieder im April 1993 einen Verein, der die Gemeinschaft der Akademiemitglieder fortsetzen wollte. Er sollte in der Tradition der DDR-Akademie und ihrer Vorgänger stehen und sich der Förderung der Wissenschaften im Sinne des Akademiegründers Gottfried Wilhelm Leibniz widmen.

Für die Gelehrtensozietät, die sich nun Leibniz-Sozietät nannte, begann ein neuer Abschnitt ihrer Existenz. Noch im Gründungsjahr traten über mehr als hundert Akademiemitglieder dem neuen Verein bei. Samuel Mitja Rapoport, ein international bekannter Biochemiker der DDR, der zum ersten Präsidenten der neuen Vereinigung gewählt wurde, würdigte wenig später die Bedeutung der Gründung mit den danach oft zitierten Worten: „Wir sind zurückgekehrt zur Gelehrtenengesellschaft als freiem Zusammenschluss von unabhängigen, vielseitig interessierten und wissenschaftlich ertragreichen Forschern, frei von einengen-

den Patronaten durch Landesherrscher, ohne Verbeamtung und verkrustete Strukturen. Wir haben wieder eine wirkliche Gelehrtensozietät, die diesem Grundgedanken verpflichtet ist und die ihr Bemühen darauf richtet, im Einklang von Tradition und heutigen Erfordernissen zu geistigen Anregungen für Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft zu gelangen.“ Der Vereinsstatus erlaubte es den Akademiemitgliedern, die Ergebnisse der eigenen Forschungen ohne wissenschaftsfremde Eingriffe im Kreise der Fachkollegen vorzustellen und interdisziplinär zu diskutieren. Es gelang der Sozietät, die traditionellen akademieüblichen Formen dieser Arbeit in monatlichen Sitzungen im Plenum und in zwei Klassen mit dem alljährlichen Leibniz-Tag als Höhepunkt ohne Unterbrechung fortzuführen. Das bot auch den Rahmen, um jene Grundsätze weiter zu verfolgen und in der Tätigkeit der Sozietät zu verwirklichen, die zuvor im Verlauf der Reformbewegung an der Akademie und als Lehren aus der jüngsten Geschichte, erarbeitet wurden, Grundsätze, die Rapoport ebenfalls wenig später verdeutlichte: Interdisziplinarität, Staatsferne, gesellschaftliche Verantwortlichkeit, geistige Pluralität, Internationalität und regionale Ausstrahlung.

Diese Prinzipien blieben entscheidend für die weitere inzwischen über ein Vierteljahrhundert währende Entwicklung der Leibnizsozietät. Sie hat sich damit als „unausrottbare societas“ erwiesen, wie es im Streit um die Weiterführung der Gelehrtensozietät von den Evaluatoren befürchtet und von den Initiatoren einer unabhängigen Fortführung erhofft wurde.

Die Leibniz-Sozietät repräsentiert anders als traditionelle Wissenschaftsvereine inhaltlich das Prinzip wissenschaftlicher Akademien, aber ohne deren herkömmliche staatsbezogene institutionelle Form und herausgehobene gesellschaftliche Stellung. Sie verdankt dies

der historischen Initiative und Leistung der Gruppe der Gründungsmitglieder und in der Folge auch ihrer Fähigkeit zur Veränderung in Form und Inhalt der wissenschaftlichen Kommunikation, aber bei Wahrung der Kontinuität im Grundsätzlichen. Den Bezug zur Leibnizschen Maxime der Verbindung theoretischer Arbeit mit der Praxis („theoria cum praxi“) im Interesse des Gemeinwohls behielt die Sozietät bei. In ihrem Statut heißt es: „Der Zweck des Vereins ist ausschließlich und unmittelbar die selbstlose Pflege und Förderung der Wissenschaften in der Tradition von Gottfried Wilhelm Leibniz im Interesse der Allgemeinheit.“ Sie verfolgt das Ziel, Forschungsergebnisse zu diskutieren und interdisziplinär zu verbreiten. Die so gestaltete akademische Gemeinschaft ist als freiwilliger Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen unterschiedlicher Disziplinen und Fächer auch im Vereinsrahmen eine genuine Gelehrtensozietät. Mit dieser Bezeichnung wird einerseits an die historische Herkunft aus der Gemeinschaft der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der DDR angeknüpft, die sich jedoch selbst immer als Einheit mit der Gemeinschaft ihrer Institute verstand. Andererseits bedeutet Sozietät nunmehr auch die Orientierung am ursprünglichen Leibnizschen Konzept, dessen Kontinuität in drei Jahrhunderten Geschichte der Preußischen Akademie im durchgehend praktizierten Zuwahlprinzip gesehen wird.

Dass die Sozietät gegen alle Unwägbarkeiten eine nachhaltige „Unausrottbarkeit“ erreichen konnte, resultiert auch aus der Fähigkeit zum Wandel unter sich verändernden äußeren Bedingungen und inneren personellen Voraussetzungen. Man kann etwa drei Entwicklungsphasen unterscheiden, für die in der personellen Zusammensetzung ungefähr auch drei Generationen von Mitgliedern charakteristisch sind.

Die erste Phase, die im Wesentlichen mit der Amtszeit des ersten Präsidenten Rapoport (1993-98) identisch ist, wird inhaltlich durch

den schwierigen Übergang in den für die Initiatoren ungewohnten Status eines staatsfernen Vereins und personell durch die Gründergeneration der Akademiemitglieder bestimmt. Für diese bedeuteten Vereinsform und Staatsferne zwar einerseits mehr Unabhängigkeit und mehr Selbstbestimmung über Inhalt und Organisation der eigenen Arbeit, zugleich aber auch den Verlust der Privilegien, die eine öffentlich-rechtliche Position bot. Statt staatlicher Alimentierung war die Sozietät nun als Verein auf Beiträge ihrer Mitglieder und auf Spenden angewiesen - alles in allem im Vergleich mit dem Etat der etablierten Wissenschaftsinstitutionen eine extrem bescheidene finanzielle Ausstattung. Dazu kam, dass die Sozietät weiterhin keinen Organisationsmittelpunkt, keinen logistischen Stützpunkt für die Organisation ihrer Tätigkeit, auch keine eigenen Veranstaltungsräume hatte, also abhängig war vom Gastrecht bei anderen oder von bezahlbaren Mieten. Daran hat sich bis heute grundsätzlich nichts geändert, wenn sich die Situation auch durch die Möglichkeit, als gemeinnütziger Verein kostenlos Räume in Rathäusern zu nutzen, und durch Kooperationsbeziehungen bei wissenschaftlichen Veranstaltungen inzwischen verbessert hat.

Diese prekäre Lage zwang dazu, aus eigener Kraft und mit geringen eigenen Mitteln eine an den vereinsrechtlichen Vorgaben orientierte Selbstverwaltung aufzubauen. Grundlage dieser Infrastruktur ist das Modell der ehrenamtlichen Arbeit, der „Selbstaubeutung“ eines aktiven Kerns von Mitgliedern, deren soziale Existenz vorwiegend durch eigenen Altersrentenbezug gesichert war und die auf unkonventionelle und kollegiale Weise zusammenarbeiteten.

Inhaltlich brauchte die Sozietät auch im neuen Rahmen keine neue Form der Daseinsweise und der Strukturierung ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit zu erfinden. Der gewohnte Ablauf des akademischen Jahres war im Selbstverständnis der Mitglieder verankert. Vorträge

und Debatten fanden in der üblichen Struktur statt - im Plenum und schon seit dem Herbst 1993 wieder in Klassen, Leibniz-Tag, Monat für Monat jeweils an einem Donnerstag dazu als Abschluss und Höhepunkt des akademischen Jahres der Leibniztag. Zur Publikation der Arbeitsergebnisse wurde 1994 die Schriftenreihe „Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät“ eingerichtet.

Die zweite Phase umfasst die Konsolidierung und Erweiterung der Sozietät in der Amtszeit der Präsidenten Herbert Hörz (Wissenschaftsphilosoph, 1998-2006) und Dieter B. Herrmann. (Astronomiehistoriker, 2006-2012). Die Gründergeneration war weiterhin, wenn auch altersbedingt abnehmend präsent, sie wurde zunehmend ergänzt durch eine zweite Generation von Mitgliedern, die vorher keine Akademiemitglieder waren. Dies wurde möglich durch den traditionellen akademischen Modus der jährlichen Zuwahl, mit dem etwa seit 1994/95 zugleich das Weiterleben der Sozietät gesichert wurde. Das erlaubte es, profilierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowohl aus den ehemaligen Instituten der Akademie als auch von den Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen aufzunehmen, vor allem solche, die durch die politischen Wirren der Wendejahre aus der abgewickelten DDR-Wissenschaftsszene, aus den Instituten der Akademien und Universitäten, ausgesondert waren. Zugewählt wurden außerdem zunehmend Mitglieder aus den westlichen Bundesländern und aus anderen Staaten. Der Mitgliederbestand verdoppelte sich bis 2000 auf etwa 200.

Diese zweite Generation hat nicht mehr das Geschehen vor und während der Gründung der Leibniz-Sozietät erfahren. Viele Neumitglieder waren zwar zuvor in Instituten der Akademie beschäftigt und besaßen Erfahrungen aus dem wissenschaftlichen Alltag und dem früheren Beziehungsgefüge der Akademie, hatten aber nur wenig innere Verbindung mit Plenum und Klassen. Mit dem Zuwachs

an Mitgliedern vergrößerte sich das wissenschaftliche Potenzial, das Themenspektrum wurde pluraler und vielfältiger, und es erschlossen sich auch neue Möglichkeiten der Kooperation. Hinzu kam, dass sich die finanzielle Situation durch Fördermittel des Senats von Berlin und von Kooperationspartnern verbesserte.

In dieser Phase erfuhr die Tätigkeit der Sozietät einen beträchtlichen Aufschwung. Das Angebot an Veranstaltungen wurde umfangreicher und vielfältiger. Neben den turnusmäßigen Sitzungen von Plenum und Klassen veranstaltete die Sozietät Jahrestagungen und weitere Konferenzen zu zentralen inter- und transdisziplinären Themen. Zu nennen sind Probleme des Klimaschutzes, der Inklusion im Schulunterricht, der Veränderung der Arbeitswelt und der Risiken der modernen Technik. Außerdem nutzte die Sozietät wichtige Jubiläen wie das 300. Jubiläum der Leibnizschen Akademie im Jahre 2000, in dessen Umfeld die Existenz der Leibniz-Sozietät auch von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, sowie den 300. Geburtstag des Akademiegründers Leibniz, 2016, sowie den 200. Geburtstag von Karl Marx 2018. Die Sozietät griff aktuelle Forschungsfragen auf und verband sie mit der Ehrung von Mitgliedern zu deren runden Geburtstagen. In dieser Phase entwickelte sich auch die Tätigkeit von Arbeitskreisen, die disziplinär und interdisziplinär in gesonderten eigenen Veranstaltungen, aber auch bei gemeinsamen Konferenzen beider Klassen, eine größere inhaltliche und thematische Vielfalt mit sich brachten und die sie in problem- und disziplinär orientierte Netzwerke über die Grenzen der Sozietät hinaus führte, so bei Pädagogen, Psychologen, Geowissenschaften, Soziologen, Historikern, mit unterschiedlichem Formaten und Mitgliederzahlen.

Die erhebliche Ausweitung der Vorhaben fand ihren Niederschlag vor allem auch in einer außerordentlichen Intensivierung der Publikationstätigkeit. Die Reihe der Sitzungsberichte

ist inzwischen auf 142 angewachsen. Hinzu gekommen sind ab 1999 die Buchreihe „Abhandlungen“ mit inzwischen 60 Bänden und ab 2005 die Zeitschrift „Leibniz online“ mit bisher 39 Heften. Die Website der Sozietät informiert im Internet über die Arbeit der Sozietät. Seit 2019 ist die Leibniz-Sozietät zusammen mit dem IRPALL von der Universität Toulouse Herausgeberin der deutsch-französischen Online-Zeitschrift [symposium culture@kultur](https://content.sciendo.com/sck). (<https://content.sciendo.com/sck>) In der letzten Nummer, die den *Jahrestag Mauerfall/deutsche Einheit* gewidmet ist, findet sich auch ein Beitrag mit Vorschlägen, wie man heute in Frankreich die Geschichte der DDR unterrichten könnte.

Wie aus den Daten ersichtlich, ist damit zunächst auch das inhaltliche Erscheinungsbild der wissenschaftlichen Arbeit in der dritten aktuellen Phase skizziert, die zwischen 2005 und 2010 einsetzte und die Präsidentschaft von Gerhard Banse (Technikphilosoph, 2012-19) sowie den Beginn der Amtsperiode des ersten aus dem Wissenschaftssystem der alten Bundesländer stammenden Präsidenten Rainer E. Zimmermann (Wissenschaftsphilosophie, Metaphysik der Emergenz) bestimmt.

In dieser Phase geht es nunmehr primär darum, dass sich die Sozietät eine dauerhafte Existenz in der neuen Gesellschaft und in dem Wissenschaftssystem des vereinigten Deutschland sichert und ihre Funktion darin bestimmt.

Die Mitgliederzahl stieg bis zum Ende des Jahrzehnts auf über 300 an. Die Neumitglieder befinden sich in einer anderen Interessenlage als ihre Vorgängergenerationen. Für sie steht die Mitgliedschaft in der Sozietät nicht mehr im Mittelpunkt ihrer wissenschaftlichen Aktivität. Die Leibniz-Sozietät ist immer weniger die einzige Möglichkeit, die eigenen Arbeitsergebnisse zu präsentieren und darüber ins Gespräch zu kommen, da es genügend andere Möglichkeiten außerhalb der Sozietät gibt, den wis-

senschaftlichen Dialog zu führen, von den sich eröffnenden Möglichkeiten der digitalen Verständigung ganz zu schweigen.

In diesem Wandel der Mitgliedschaft zeigen sich auch allgemeine Tendenzen der Wissenschaftsentwicklung, die Chancen für die aktuelle und künftige Arbeit der Sozietät eröffnen. Zweifellos erhöhen sich die Bedeutung und das Interesse am interdisziplinären Diskurs

und vor allem an Diskussionen über wissenschaftskonzeptionelle, ethische und philosophische Probleme gewissermaßen auf der Metaebene des Alltagsbetriebs in Forschung und Lehre. Hier hat die Sozietät ihr Markenzeichen, das sie künftig ausbauen will und das auch einen Wandel der Formate und Gremien einschließt. ♦

## BIOGRAPHIEN

**Röseberg Dorothee**, Prof. (Romanistik) verheiratet, zwei Kinder, geb. 1951 in Caputh/Potsdam  
 1969-1973 Lehramtsstudium an der Humboldt-Universität (HU) für französische und russische Sprache; 1973-1977 schulpraktischer Dienst in Berlin  
 1977 – 1994 Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Romanistik der HU Berlin  
 1982 Promotion mit einer Arbeit zur französischen Jugendbewegung und Jugendpolitik der FKP seit 1968; 1990 *Facultas docendi* für das Gebiet Literatur- und Kulturgeschichte Frankreichs  
 1991 Habilitation mit einer Arbeit zur Funktion von Literatur in der französischen Elitenbildung (18.-20. Jh.)  
 1994 Aufhebungsvertrag an der HU  
 1994 – 1997 Professur für Kultur und Landeskunde romanischer Länder an der TU Chemnitz  
 1997-2017 Professur für Kulturwissenschaft romanischer Länder (Schwerpunkt Frankreich) an der MLU Halle-Wittenberg  
 Gastprofessuren in Frankreich, Schweiz und Togo, Fachgutachterin für Akademien im In- und Ausland (Österreich, Schweiz) sowie für Akkreditierungsagenturen  
 Initiatorin und Betreuerin eines binationalen Studiengangs (ge-

meinsam mit A.-M. Pailhès) zwischen Halle und Paris-Nanterre; zahlreiche Publikationen und Projekte mit französischen Kollegen an verschiedenen Universitäten und an der EHESS  
 Initiatorin und Chefredakteurin der Zeitschrift *Symposium culture@kultur* (mit Françoise Knopper)  
 2012 Wahl zum Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften;  
 2016 Vizepräsidentin  
 2017 *Officier des palmés académiques*  
 2019 *Lauréate du Prix franco-allemand du 22 janvier*

**Küttler Wolfgang**<sup>1</sup>, Prof. (Geschichte) geb. 1936 in Altenburg, Seit 1993 Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften e.V., seit 1994 Mitarbeiter, seit 2011 Mitherausgeber des *Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*.  
 Schwerpunkte: zunächst ost-europäische Geschichte, dann vergleichende Revolutionsgeschichte, Geschichtsmethodologie und Wissenschaftsgeschichte.  
 Max-Weber-Forschung.  
 Publikationen u.a. : zus. mit E. Engelberg *Formationstheorie und Geschichte* (Hg. und Mitautor) (1978); *Lenins Formationsanalyse*

für Russland vor 1905, (1978), Hg. und Mitautor: *Das geschichtswissenschaftliche Erbe von Karl Marx* (1983), *Gesellschaftstheorie und geschichtswissenschaftliche Erklärung* (1985), Autor: *Max Weber und die Geschichtswissenschaft* (1989), Hg. mit J. Rüsen und E. Schulin: *Geschichtsdiskurs*, 5 Bände (1993-99) mit W. Eichhorn: *Was ist Geschichte?* 2008. Artikel im *HKWM*, u.a. *Gesellschaftsformation, Formationstheorie, Geschichte, Historismus, Kapitalismus, Kritik, Marxismus Lenins. Mischformation*

**Wöltge Herbert**<sup>1</sup>, Dr. (u.a. Journalistik), Jahrgang 1933  
 Studium Philosophie, Ästhetik und Volkskunde in Berlin, Journalistik in Leipzig,  
 Ab 1993 Förderer der Vorbereitung, Gründung und weitere Entwicklung der Leibniz-Sozietät. Über zwei Jahrzehnte Berater des Präsidiums der Leibniz-Sozietät, fachliche Begleitung der Sozietät als Redakteur und Journalist und als Initiator und verantwortlicher Redakteur für Publikationsorgane der Leibniz-Sozietät.



1- Biographies complètes de MM Küttler et Wöltge publiées dans *Nouveau Bulletin de l'ADEAF*, n°142 «Des regards lucides», p 33-34